

Herr Suchla
Herr Tsapos
Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Schulze	Fraktionsvorsitz
Herr Bolte	
Herr Julkowski-Keppler	
Frau Keppler	
Frau Künnemann	
Frau Dr. Ober	
Frau Pfaff	
Frau Rathsmann-Kronshage	
Herr Rees	
Herr Dr. van Norden	

Die Linke

Frau Schmidt	Fraktionsvorsitz
Frau Ilgün	
Herr Ocak	
Herr Dr. Schmitz	

FDP

Herr Buschmann	Fraktionsvorsitz
Herr Bolte	
Frau Burkert	
Herr Sander	

BfB

Herr Schulze	Fraktionsvorsitz
Herr Delius	
Herr Grün	

Bürgernähe

Herr Schmelz
Frau Geilhaar

Nicht anwesend:

Herr Nolte	CDU
Herr Gutknecht	Bündnis 90/Die Grünen

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke	Dezernat 1
Frau Beigeordnete Ritschel	Dezernat 3
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Herr Beigeordneter Kähler	Dezernat 5
Frau Ley	Büro Oberbürgermeister
Frau Stude	Büro des Rates (Schriftführerin)
Herr Kricke	Büro des Rates
Frau Gottwald	Büro des Rates
Frau Bockermann	Presseamt
Herr Schlüter	Presseamt

Zuhörer/-innen in nichtöffentlicher Sitzung:

Herr Hölscher	Geschäftsführung Fraktion Die Linke
Herr Dr. Kerbein	Geschäftsführung FDP-Fraktion
Herr Heißenberg	Geschäftsführung Gruppe Bürgernähe
Herr Remmo	stell. sachk. Bürger im Schul- und Sportausschuss

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen gratuliert Herrn Schulze zu seinem heutigen Geburtstag und überreicht ihm einen Blumenstrauß.

Sodann eröffnet er die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Herr Lux bittet im Namen der CDU-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 10 „4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/29.00 für das Gebiet zwischen Stieghorster Straße, Bahnlinie Bielefeld-Lage und Hillegosser Straße im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB“ wegen Beratungsbedarf zurückzustellen.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 10

„4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/29.00 für das Gebiet zwischen Stieghorster Straße, Bahnlinie Bielefeld-Lage und Hillegosser Straße im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB, Drucksache 0351/2009-2014“

wird zurückgestellt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Ratssitzung am 28.01.2010

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 28.01.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Bielefeld hilft Haiti

Herr Oberbürgermeister Clausen teilt mit, dass auf dem Spendenkonto „Bielefeld hilft Haiti“ inzwischen über 56.000,00 Euro eingegangen seien. Er bedankt sich insbesondere bei den Ratsmitgliedern, die am Samstag, 20.02.2010, zusammen mit anderen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern über 2.200,00 Euro gesammelt hätten.

Zu Punkt 3 Anfragen

**Zu Punkt 3.1 Sach- und Personalkosten für einen weiteren Beigeordneten
(Anfrage der BfB-Fraktion vom 10.02.2010)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0515/2009-2014

Text der Anfrage:

Nach Aussagen der Spitze der Verwaltung (Ratssitzung am 26.11.2009) ist mit einem jährlichen Haushaltsloch von ca. 150 Mio. Euro zu rechnen. Deshalb ist an allen Ecken und Enden zu sparen. Angesichts der dramatischen Haushaltslage fragt die BfB-Fraktion die Verwaltung:

Frage:

Welche aktuellen Sach- und Personalkosten werden voraussichtlich anfallen für einen weiteren Beigeordneten und dessen Stab, bestehend aus Sekretärin, persönlichen Referenten, Controller etc.?

Zusatzfrage:

Kann ausgeschlossen werden, dass erneut, wie bei der Umweltdezernentin geschehen, ca. 200.000 Euro für die Her- und Einrichtung eines neuen Büros fällig werden?

Herr Stadtkämmerer Löseke antwortet, dass die aktuellen Personalkosten für eine weitere Beigeordnete oder einen weiteren Beigeordneten einschließlich des entsprechenden Stabes, bestehend aus einer Assistentkraft, einer persönlichen Referentin bzw. einem persönlichen Referenten und zwei Controllerinnen oder Controllern, jährlich ca. 438.000 Euro betragen würden. Bezogen auf die gesamte Wahlzeit von acht Jahren ergäben sich Personalkosten von insgesamt etwa 3,5 Mio. Euro. Von den genannten Personalkosten entfielen ca. 301.000 Euro jährlich auf den Stab (ca. 2,4 Mio. Euro in acht Jahren). Da im geltenden Nothaushaltsrecht (§ 82 GO NRW) der Personalbedarf des Stabes grundsätzlich aus dem Personalbestand der Stadt gedeckt werden müsse, würden diese Personalkosten allerdings nicht zusätzlich anfallen. Die aktuellen, bereits für das bisherige Dezernat 2 im Haushalt eingestellten Sachkosten für Raummieten und IT-Mieten würden etwa 30.000 Euro jährlich betragen; hinzu kämen noch die üblichen Sachkosten für Büromaterial, Telefon etc..

Zur Zusatzfrage berichtet Herr Stadtkämmerer Löseke, dass nach den bisherigen Planungen die oder der Beigeordnete nebst Personal im ersten Obergeschoss des Alten Rathauses Büroräume erhalten soll. Die genauen Kosten für die Herrichtung dieser Räume seien noch nicht berechnet worden, da - wie üblich - die Herrichtung mit der oder dem neuen Beigeordneten noch abzustimmen sei. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass unabhängig von der Belegung der vorgesehenen Räume mit der oder dem neuen Beigeordneten nicht unerhebliche Sanierungsarbeiten an "Dach und Fach" entstehen würden. Die Büroeinrichtung könne im Wesentlichen aus dem bisherigen Bestand des Dezernates 2 erfolgen. Für ein zusätzlich einzurichtendes Büro mit z. B. einer Standardausstattung fielen zusätzlich ca. 3.300 Euro an.

Herr Schulze (BfB-Fraktion) erklärt, dass es für die Bürgerinnen und Bürger nicht erklärlich sei, dass angesichts des prognostizierten Defizits von 150 Mio. Euro eine neue Beigeordnetenstelle mit einem Aufwand von mehreren Millionen Euro eingerichtet werde. Die Verwaltung müsse mit gutem Beispiel vorangehen und Personal im Beigeordnetengremium einsparen. Er erinnert an die Pressekonferenz anlässlich der Haushaltskonsolidierung vom 27.10.2005, in der von allen Fraktionen erklärt worden sei, dass die Zahl der Beigeordneten bis 2009 von fünf auf vier (plus Oberbürgermeister) reduziert werden solle. Die Tatsache, dass heute davon abgewichen werde, trage zur Unglaubwürdigkeit der Politik bei. Abschließend kritisiert er die „Ampelkoalition“ von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, die er als einen Schritt in die falsche Richtung ansehe und der er keine lange Lebensdauer zuschreibe.

-:-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Höhe des Gewerbesteuerhebesatzes (Antrag der Fraktion Die Linke vom 10.02.2010)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0511/2009-2014

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) verweist auf das bestehende Nothaushaltsrecht und die von Herrn Oberbürgermeister Clausen vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer als eine von mehreren Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt Bielefeld. Allein durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz werde die Stadt Bielefeld mit 8,6 Mio. Euro belastet, so dass ihres Erachtens die Stadt Bielefeld mit solchen Maßnahmen nicht gegen die strukturell bedingte Unterfinanzierung ankommen könne. Sie kritisiert, dass die Erhöhung der Gewerbesteuer als Tabu-Thema angesehen werde, obwohl die soziale Wirksamkeit der Gewerbesteuer im Vergleich zur Grundsteuer höher sei, da bei der Gewerbesteuer nur der Gewinn besteuert werde. Der Antrag ihrer Fraktion habe das Ziel zu erfahren, in welchem Maß die Unternehmen seit 2007 entlastet worden seien. Insbesondere wolle ihre Fraktion aber wissen, ob der Rat diese Informationen überhaupt wünsche. Sie vertrete die Auffassung, dass bevor andere belastet würden, die Entlastungen der letzten Jahre aufgehoben werden müssten.

Herr Lux (CDU-Fraktion) stellt fest, dass der von der Fraktion Die Linke vorgeschlagene Auftrag nicht abgearbeitet werden könne, da die Gewerbesteuer konjunkturabhängig und deshalb schwer zu kalkulieren sei. Für ihn sei das Ziel des Antrages die Erhöhung der Gewerbesteuer, der seine Fraktion jedoch in keinem Fall zustimmen werde. Außerdem solle die Verwaltung nicht mit überflüssigen Prüfungen belastet werden. Auch die Intention, mit dem Antrag die Einstellung der Ratsmitglieder zu prüfen, halte er für unsinnig.

Herr Delius (BfB-Fraktion) hebt hervor, dass sich die Menschen einen sicheren Arbeitsplatz in Unternehmen wünschten, die Gewinne machen und Steuern bezahlen würden und die im internationalen Vergleich kon-

kurrenzfähig seien. Nur solche Unternehmen könnten letztlich auch gute Löhne zahlen. Die Unternehmenssteuerreform 2008 sei erforderlich gewesen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland zu gewährleisten und man dürfe jetzt nicht den Fehler machen, die heimische Wirtschaft durch die Erhöhung der Kommunalsteuern zu belasten. Die Reform 2008 habe für die Unternehmen zudem zu keiner echten Entlastung geführt, weil gleichzeitig die Abzugsfähigkeit der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe gestrichen und Modifizierungen bei den Hinzurechnungen bei dem Gewerbesteuermessbetrag vorgenommen worden seien. Bundes- und Landespolitik müssten darauf hinwirken, dass die Kommunen einen finanziellen Ausgleich für den Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen erhielten. Wie die CDU-Fraktion werde seine Fraktion den Antrag ablehnen, auch weil er Verwaltungskapazität binde ohne einen Hinweis für eine Handlungsoption zu geben. Rat und Verwaltung müssten alle Anstrengungen unternehmen, um die Ausgaben zu senken, um ein Wirtschaftswachstum in Bielefeld zu erzielen, das sich wiederum positiv auf die Einnahmeseite der Stadt Bielefeld auswirke und um ein Klima in Bielefeld zu schaffen, das Wirtschaftsbetrieben Zukunftschancen gebe. Auch müsse der Rat sich dagegen wehren, dass der Bund und das Land Kosten abwälzen, die die Kommunen nicht bewältigen könnten.

Herr Buschmann (FDP-Fraktion) schließt sich der Auffassung der CDU-Fraktion an, dass die im Antrag beschriebene Aufgabe nicht zu lösen sei. Tatsächlich seien die Unternehmen 2007/2008 zusätzlich belastet worden und mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz 2009 sei nur ein geringer Teil dieser zusätzlichen Belastungen wieder zurückgenommen worden. Die Gewerbesteuer sei nicht nur eine Ertragssteuer sondern inzwischen auch eine Substanzsteuer und es sei kontraproduktiv, in den finanziell schlechten Zeiten die Gewerbesteuer zu erhöhen. Seine Fraktion halte den Antrag für überflüssig und werde ihn ablehnen. Im Übrigen verweist Herr Buschmann auf die Vorschriften des Haushaltssicherungskonzepts, die Steuererhöhungen als mögliche Konsolidierungsmaßnahme einen hohen Rang einräumten. Er wolle die Probleme in eigener Regie lösen und nicht von der Bezirksregierung gezwungen werden, die Steuern zu erhöhen.

Herr Ocak (Fraktion Die Linke) wirft ein, dass der Rat offenbar nicht wolle, dass der vermögende Teil der Bevölkerung, der die Krise verursacht habe, belastet werde.

Frau Dr. Schulze (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bestätigt, dass die Gewerbesteuer eine wichtige Steuer zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben sei und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich immer dafür eingesetzt habe, eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer auf Bundesebene zu erreichen. Die Forderung nach einer grundsätzlichen Änderung der finanziellen Ausstattung der Kommunen sei berechtigt, da langfristig nur so die gesetzlich festgelegten Aufgaben erfüllt werden könnten. Zum jetzigen Zeitpunkt einen Antrag auf Erhöhung der Gewerbesteuer zu stellen, sei jedoch unpassend, da die schlechte Konjunkturlage auch Bielefelder Unternehmen getroffen habe und jetzt vorrangig Standortsicherung betrieben werden müsse, um Beschäftigung zu garantieren. Anträge wie der der Fraktion Die Linke böten zwar ein Diskussionsforum für unterschiedliche gesellschaftspolitische Ansätze, trügen aber nicht zur Lösung bei.

Herr Sternbacher (SPD-Fraktion) verweist auf seine Vorredner, die es wie er nicht für möglich hielten, aufgrund des Prüfauftrages ein Ergebnis zu liefern. Seine Fraktion verfolge einen ganzheitlichen Ansatz zur Bewältigung der Finanzkrise und spreche sich dagegen aus, einzelne Punkte isoliert zu beraten. Den Antrag der Fraktion Die Linke werde seine Fraktion daher ablehnen.

Herr Dr. Schmitz (Fraktion Die Linke) entgegnet zu dem Hinweis, die Verwaltung sei mit der Prüfung überfordert, dass eine Schätzung der Zahlen möglich sein müsse und dass dies auch notwendig sei, um die Höhe der möglichen Einnahmen einzuplanen.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welcher Höhe der Gewerbesteuerhebesatz anzuheben wäre, damit diese Steuer einen ähnlich hohen Ertrag bringt wie vor der Absenkung durch die Unternehmenssteuerreformen seit 2007/2008.

- bei 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen
mit großer Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 4.2

Absenkung des Bundesanteils an den Leistungen für Unterkunft für Bedarfsgemeinschaften gemäß SGB II
(Antrag der Fraktion Die Linke vom 10.02.2010)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0512/2009-2014

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) berichtet, dass sie mit dem jetzigen Antrag eine Anregung der SPD-Fraktion in der letzten Ratssitzung aufgreife und eine breite Zustimmung erwarte.

Herr Lux (CDU-Fraktion) stellt klar, dass das Gesetz, das die Absenkung des Bundesanteils an den Leistungen für Unterkunft für Bedarfsgemeinschaften beinhalte, Anfang Dezember 2009 im Bundestag verabschiedet und dann weiter an den Bundesrat verwiesen worden sei. Die Landesregierung NRW habe im Bundesrat am 17.12.2009 den Vermittlungsausschuss angerufen, weil sie dem Gesetz nicht zustimmen wolle. Sollte das Gesetz in dieser Fassung bleiben, werde das Land NRW den Klageweg beschreiten. Seine Fraktion werde dem Antrag der Fraktion Die Linke, mit dem die Arbeit der Landesregierung NRW unterstützt werde, zustimmen.

Herr Garbrecht (SPD-Fraktion) sieht die Gefahr, dass die Landesregierung NRW im Bundesrat einem Kompromiss zustimmen könne, der unterhalb der geforderten Beträge läge. Für ihn zeigten sich auch noch weitere Ungerechtigkeiten, die der Landesregierung gegenüber genannt werden müssten. So erschließe es sich ihm nicht, warum das Land Baden-Württemberg (35 %) und das Land Rheinland-Pfalz (42 %) einen höheren Anteil an der Bundeserstattung erhalten würden als das Land

Nordrhein-Westfalen. Dem Antrag der Fraktion Die Linke werde seine Fraktion zustimmen.

Frau Rathsmann-Kronshage (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) betont, dass Bielefeld sich gerade angesichts der Tatsache, dass alle sich bemühen, das bestehende soziale Netz in Takt zu halten und gleichzeitig die Haushaltskonsolidierung voranzutreiben, gegen Kostensteigerungen aufgrund von bundesgesetzlichen Regelungen wehren müsse. Sie erwarte eine breite Zustimmung zu dem Antrag.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) zeigt sich erfreut, dass der Antrag eine breite Zustimmung finden werde. Er appelliert an die Ratsfraktionen, ihre Kolleginnen und Kollegen in Bund und Land zu ermuntern, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die unhaltbaren Zustände und Entwicklungen zu wehren und auf die schwierige Lage der Kommunen aufmerksam zu machen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld fordert die Landesregierung auf, im Vermittlungsausschuss auf keinen Fall einer Absenkung des Bundesanteils an den Leistungen für Unterkunft für Bedarfsgemeinschaften gemäß SGB II zuzustimmen.

- bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-:-

*Herr Oberbürgermeister Clausen gibt den Vorsitz
an Herrn Bürgermeister Helling ab.*

-:-

Zu Punkt 5

Beschlussfassung über die Gültigkeit der Wahl des Oberbürgermeisters am 30. August 2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0493/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Wahl des Oberbürgermeisters am 30. August 2009 gemäß § 46b i. V. m. § 40 Abs. 1 Buchstabe d des Kommunalwahlgesetzes für gültig zu erklären, da keiner der unter § 40 Abs. 1 Buchstaben a bis c genannten Fälle vorliegt.

- einstimmig beschlossen -

Herr Oberbürgermeister Clausen hat an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

-:-

*Herr Bürgermeister Helling gibt den Vorsitz
an Herrn Oberbürgermeister Clausen zurück.*

-:-

Zu Punkt 6 **Beschlussfassung über die Gültigkeit der Wahl des Rates am 30. August 2009**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0494/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Wahl des Rates am 30. August 2009 gemäß § 40 Abs. 1 Buchstabe d des Kommunalwahlgesetzes für gültig zu erklären, da keiner der unter § 40 Abs. 1 Buchstaben a bis c genannten Fälle vorliegt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7 **Beschlussfassung über die Gültigkeit der Bezirksvertretungswahlen am 30. August 2009**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0495/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Wahlen der Bezirksvertretungen am 30. August 2009 gemäß § 46a i. V. m. § 40 Abs. 1 Buchstabe d des Kommunalwahlgesetzes für gültig zu erklären, da keiner der unter § 40 Abs. 1 Buchstaben a bis c genannten Fälle vorliegt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8 **Änderung des Gesellschaftsvertrages der MVA Bielefeld-Herford GmbH**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0490/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Änderung des Gesellschaftsvertrages der MVA Bielefeld-Herford GmbH wird zugestimmt

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-

Zu Punkt 9

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. I/St 45 "Am Wiesenhof " für eine Teilfläche des Gebietes südlich der Straße Am Wiesenhof / westlich der Dalbker Allee / nördlich der Straße Am Schlingvenn
- Stadtbezirk Sennestadt -
Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0334/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan Nr. I / St 45 "Am Wiesenhof" wird mit Text und Begründung als Satzung nach § 10 (1) BauGB beschlossen.
2. Die Information der Verwaltung über die Anpassung des Flächennutzungsplanes im Wege der Berichtigung gemäß § 13 a (2) BauGB (Berichtigung Nr. 3 /2010 „Wohnbaufläche Am Wiesenhof“) wird zur Kenntnis genommen.
3. Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. I / St 45 „Wiesenhof“ ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-

Zu Punkt 10

4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/29.00 für das Gebiet zwischen Stieghorster Straße, Bahnlinie Bielefeld-Lage und Hillegosser Straße im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB
- Stadtbezirk Stieghorst -
- Beschluss über Stellungnahmen / Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0351/2009-2014

Der Tagesordnungspunkt wurde wegen Beratungsbedarfs vertagt (s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

-.-.-

Zu Punkt 11

Satzungsänderung des Zweckverbandes Naturpark Teutoburger Wald/Eggegebirge

Beratungsgrundlagen:

Drucksachenummer: 0519/2009-2014 und 0519/2009-2014/1

Frau Beigeordnete Ritschel berichtet aufgrund einer entsprechenden Frage von Herrn Werner (CDU-Fraktion), dass die Ursprungsvorlage 0519/2009-2014 auf die Satzungsänderung hinsichtlich einer Neuregelung der Verbandsumlage und Zahl der Delegierten abstelle. Dieser Sachverhalt sei der Verwaltung seit letztem Jahr bekannt und sei auch in der Verbandsversammlung diskutiert worden. Erst nachdem die Vorlage verteilt worden sei, habe die Verwaltung den gesamten Entwurf der Satzungsänderung erhalten und festgestellt, dass die neue Satzung einen bisher unbekanntes Passus zum Kündigungsrecht enthalte. Obwohl inzwischen bekannt sei, dass die Mehrheit der Verbandsmitglieder der Regelung zur Kündigung zustimmen werde, sehe die Verwaltung die relativ lange Kündigungsfrist von sieben Jahren als kritisch an. Sie habe daher die ergänzende Nachtragsvorlage 0519/2009-2014/1 erstellt, mit dem Ziel, in der Verbandsversammlung über eine Verkürzung der Frist einzutreten.

Beschluss:

1. Der Rat ist mit der Satzungsänderung (Neuregelung der Verbandsumlage und der Zahl der Delegierten) des Zweckverbandes Naturpark Teutoburger Wald / Eggegebirge einverstanden und beauftragt die Delegierten entsprechend zu votieren.
2. Der Rat empfiehlt den Delegierten der Stadt Bielefeld, in der Verbandsversammlung bei der Neufassung der Regelungen für den Austritt aus dem Zweckverband anstatt der vorgeschlagenen 7-Jahres-Frist für eine deutliche Verkürzung dieser Frist einzutreten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Wahl von sachkundigen Einwohnerinnen/Einwohnern in Ausschüsse gem. § 2 Abs. 2 der Satzung für den Seniorenrat der Stadt Bielefeld für die Wahlperiode 2009-2014

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0445/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages werden gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 der Satzung für den Seniorenrat der Stadt Bielefeld

nachfolgend aufgeführte Mitglieder des Seniorenrates als sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner (sE) in die entsprechenden Ausschüsse gewählt:

Sozial- und Gesundheitsausschuss

Mitglied: sE Frau Huber
Stellv. Mitglied: sE Frau Kronsbein

Kulturausschuss:

Mitglied: sE Frau Wiedemann
Stellv. Mitglied: sE Herr Lüttge

Schul- und Sportausschuss:

Mitglied: sE Frau Mühlenweg
Stellv. Mitglied: sE Frau Schmidt

Stadtentwicklungsausschuss:

Mitglied: sE Herr Dr. Tiemann
Stellv. Mitglied: sE Herr Dr. von Becker

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

Mitglied: sE Herr Donath
Stellv. Mitglied: sE Herr Dr. Tiemann

- einstimmig beschlossen -

Herr Oberbürgermeister Clausen hat gemäß § 40 GO NRW nicht mit gestimmt.

Zu Punkt 13

Bestellung der Mitglieder des Beirates für Behindertenfragen in Ausschüsse des Rates

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0460/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt, aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages die Mitglieder des Beirates für Behindertenfragen als sachkundige Einwohner in folgende Ausschüsse zu berufen:

Kulturausschuss:

Ordentliches Mitglied: Herr Heuer
Stellvertr. Mitglied: Frau Elsenheimer

Sozial- und Gesundheitsausschuss:

Ordentliches Mitglied: Herr Winkelmann
Stellvertr. Mitglied: Herr Heuer

Jugendhilfeausschuss:

Ordentliches Mitglied: Herr Kläs
Stellvertr. Mitglied: Herr Dr. Bruder

Schul- und Sportausschuss:

Ordentliches Mitglied: Frau Röder
Stellvertr. Mitglied: Frau Heinrich

Stadtentwicklungsausschuss:

Ordentliches Mitglied: Herr Baum
Stellvertr. Mitglied: Frau Hofmann

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz:

Ordentliches Mitglied: Herr Heuer
Stellvertr. Mitglied: Frau Becker-Ernst

- einstimmig beschlossen -

Herr Oberbürgermeister Clausen hat gemäß § 40 GO NRW nicht mit gestimmt.

Zu Punkt 14

Landtagswahl am 9. Mai 2010 - Wahl der Mitglieder des Kreiswahlausschusses für die Wahlkreise 92 und 93 -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0443/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlags werden als Mitglieder des Kreiswahlausschusses für die Landtagswahlkreise 92 und 93 gewählt:

	Beisitzerin/Beisitzer		Stellvertreterin/Stellvertreter
1.	Ratsmitglied Hartmut Meichsner	CDU	Ratsmitglied Gerhard Henrichsmeier
2.	Ratsmitglied Stefan Röwekamp	CDU	Ratsmitglied Carsten Krumhöfner
3.	Ratsmitglied Detlef Werner	CDU	Ratsmitglied Michael Weber
4.	Ratsmitglied Barbara Schneider	SPD	sachk. Bürger Jörg Rodermund
5.	sachk. Bürgerin Hanne Wünscher	SPD	Ratsmitglied Hans Hamann

6. Ratsmitglied Klaus Rees	Bündnis 90/ Die Grünen	Sachk. Bürger Hartmut Geil
---	-----------------------------------	---

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 15 **Landtagswahl am 9. Mai 2010 - Wahl von zwei Mitgliedern des Wahlausschusses für den Wahlkreis 94 -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0444/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlags werden als Mitglieder des Kreiswahlausschusses für den Landtagswahlkreis 94 gewählt:

	Beisitzerin/Beisitzer		Stellvertreterin/Stellvertreter
1.	Ratsmitglied Petra Brinkmann	CDU	Ratsmitglied Erwin Jung
2.	Ratsmitglied Doris Brinkmann	SPD	BV-Mitglied/sachk. Bürgerin Inge Selle

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 16 **Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0203/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages werden folgende Mitglieder des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde der Stadt Bielefeld gewählt:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND):
(2 Mitglieder und 2 stellvertretenden Mitglieder)

<u>Mitglied</u>	<u>stellvertret. Mitglied</u>
Dr. Ulrike Letschert Hageresch 66 33739 Bielefeld	Martin Bopp Kleine Howe 1 33607 Bielefeld
Prof. Dr. Roland Sossinka Spandauer Allee 18 33619 Bielefeld	Werner Bode Hainteichstr. 84 33613 Bielefeld

Naturschutzbund Deutschland (NABU):
(2 Mitglieder und 2 stellvertretenden Mitglieder)

<u>Mitglied</u>	<u>stellvertret. Mitglied</u>
Dr. Wolfgang Beisenherz Rudower Str. 1 33619 Bielefeld	Michael Pfenningsschmidt Kölner Str. 4 33647 Bielefeld
Barbara Bayreuther-Finke Telgenbrink 79 33739 Bielefeld	Matthias Glatfeld Hageresch 45 33739 Bielefeld

Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW (LNU):
(3 Mitglieder und 3 stellvertretenden Mitglieder)

<u>Mitglied</u>	<u>stellvertret. Mitglied</u>
Werner Schulze Samlandweg 15a 33719 Bielefeld	Regine Schürer Am Wellenkotten 8 33617 Bielefeld
Claudia Quirini-Jürgens Jölllenbecker Str. 234 33613 Bielefeld	Peter Kulbrock Ludwigstr. 27 33649 Bielefeld
Mathias Wennemann Am Fichtenbrink 13a 33659 Bielefeld	Marieluise Bongards Am Vollbruch 1 33719 Bielefeld

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald NRW e.V. (SDW):
(1 Mitglied und 1 stellvertretendes Mitglied)

<u>Mitglied</u>	<u>stellvertret. Mitglied</u>
Jürgen Henke Ummelner Str. 59 33647 Bielefeld	Volker Menzel Am Grund 8 33689 Bielefeld

Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e.V.:
(2 Mitglieder und 2 stellvertretenden Mitglieder)

<u>Mitglied</u>	<u>stellvertret. Mitglied</u>
Bernd Baade-Möller Laßheider Weg 90 33699 Bielefeld	Axel Bentkämper Im Heidegrund 20 33659 Bielefeld

Helmut Miele
Friedrichsdorfer Str. 58
33659 Bielefeld

Hermann Strothlücke
Am Reiherbach 13
33649 Bielefeld

Waldbauernverband NRW e.V.:

(1 Mitglied und 1 stellvertretendes Mitglied)

Mitglied

Rudolf Gerbaulet
Donnerbrink 7
33619 Bielefeld

stellvertret. Mitglied

Ulf Meyer zu Eissen
Sattelmeyerweg 1
33609 Bielefeld

Landesverband Gartenbau „Westfalen-Lippe“ e.V.:

(1 Mitglied und 1 stellvertretendes Mitglied)

Mitglied

Wolfgang Richard
Vilsendorfer Str. 162e
33739 Bielefeld

stellvertret. Mitglied

Friedrich-Wilh. Klingelhöfer
Kampheide 12
33619 Bielefeld

Landesjagdverband NRW e.V.:

(1 Mitglied und 1 stellvertretendes Mitglied)

Mitglied

Adolf Heinrich
Quakernack
Quakernacks Hof 1
33647 Bielefeld

stellvertret. Mitglied

Jürgen Lücking
Deppendorfer Str. 55
33619 Bielefeld

Fischereiverband NRW e.V.:

(1 Mitglied und 1 stellvertretendes Mitglied)

Mitglied

Lothar Kuhlmann
Jungbrunnenweg 85
33609 Bielefeld

stellvertret. Mitglied

Reinhard Brink
Mittelweg 6
33758 Schloß Holte-St.

LandesSportBund Nordrhein-Westfalen e.V.:

(1 Mitglied und 1 stellvertretendes Mitglied)

Mitglied

Joachim Vowinckel
Uelzener Str. 24
33719 Bielefeld

stellvertret. Mitglied

Ulrich Zimmer
Borkumweg 10
33729 Bielefeld

Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker e.V.:
(1 Mitglied und 1 stellvertretendes Mitglied)

Mitglied

**Horst Jäger
Lonnerbachstr. 1
33605 Bielefeld**

stellvertret. Mitglied

**Friedrich-Wilhelm
Große-Wöhrmann
Im Bargfelde 64
33739 Bielefeld**

- einstimmig beschlossen -

Frau Dr. Schulze hat an der Beratung und Abstimmung gemäß § 31 GO NRW nicht mitgewirkt.

Zu Punkt 17

Kommunale Gesundheitskonferenz Bielefeld
hier: Zusammensetzung der Mitglieder

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0311/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt, die in Anlage 1 zur Vorlage genannten Institutionen und Organisationen als Mitglieder der Kommunalen Gesundheitskonferenz, da durch sie das Spektrum der Akteurinnen und Akteure auf der Planungsebene der örtlichen Gesundheitsversorgung abgedeckt wird.

Die Unterscheidung in stimmberechtigte und beratende Mitglieder wird aufgehoben.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

Zu Punkt 18

Bildung eines Beirates für die Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0455/2009-2014

Herr Oberbürgermeister Clausen berichtet, dass der Rat der Stadt Bielefeld in seiner Sitzung am 17.12.2009 bereits zwei Sitze im Beirat der Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH politisch besetzt habe. Nach dem Gesellschaftsvertrag setze sich der Beirat jedoch nur aus Vertreter/-innen der Bäderinitiativen, des Stadtsportbundes und ggf. Vertreter/-innen anderer gesellschaftlicher Gruppen zusammen. Für die Besetzung läge

deshalb mit der Vorlage nunmehr ein neuer einheitlicher Wahlvorschlag vor. Zur Rechtssicherheit bitte er den Beschlussvorschlag mit dem Zusatz „Der Beschluss des Rates vom 17.12.2009 zur Besetzung des Beirates der Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH wird damit aufgehoben.“ zu versehen.

Entsprechend des Vorschlages von Herrn Oberbürgermeister Clausen fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Gemäß § 16 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der BBF vom 27.06.2008 werden aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages folgende Mitglieder in den Beirat berufen:

Stadtsportbund:

Kanu	Joachim Vowinckel
Tauchsport	Joachim Reinhard
Behindertensport	Ingolf Jacob
Eisssport	Ilse-Marie Westenfelder
DLRG	Frank Keminer
WSV-AG Waspo	Petra Brinkmann

Freibadförder-/Trägervereine:

Verein Freibad Brackwede	Peter Rausch
Förderverein Freibad Dornberg	Johannes Wiefel
Förderverein Freibad Hillegossen	Heinz-Jürgen Plöger
Pro Bad Gadderbaum	Hannelore Pfaff
Förderverein Freibad Schröttinghausen	Helmut Althoff

Ausschuss für den Schulsport: (kooptierte Mitglieder)

Frank Butschkat

2. Der Beschluss des Rates vom 17.12.2009 zur Besetzung des Beirates der Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH wird damit aufgehoben.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 19

Besetzung des Kuratoriums der Rudolf-Oetker-Halle

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0551/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages entsendet der Rat in das Kuratorium der Rudolf-Oetker-Halle:

1. Oberbürgermeister Pit Clausen
2. Bürgermeister Detlef Helling
3. Bürgermeister Horst Grube.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 20

Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen Gremien (Anträge der Fraktionen und Gruppen)
hier: Beirat der Musik- und Kunstschule
(Antrag der BfB-Fraktion vom 15.02.2010)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0537/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Beirat der Musik- und Kunstschule

ordentliches Mitglied

bisher:

Anke Rienow

neu: BV-Mitglied

Hans Micketeit

- einstimmig beschlossen -

Clausen
Oberbürgermeister
Vorsitz (außer Top 5)

Helling
Bürgermeister
Vorsitz zu TOP 5

Stude
Schriftführerin